Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt **Haupt- und Personalamt**	Nr. **158/2026**

Betreff:

Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2027: Erläuterungen zum Stellenplan

Beratungsfolge	**Termin**
Finanzausschuss Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	08.12.2026
Kreisausschuss Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	11.12.2026
Kreistag Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	18.12.2026

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag zum Stellenplan 2027 **eine Einsparung im Saldo um insgesamt 16 Vollzeitäquivalente, aufgeteilt in 5 Planstellen und 11 Vollzeitäquivalente in Zeitverträgen,** vor. Nunmehr bestehen **1131,5** Planstellen.

Insgesamt besteht ein Stellenmehrbedarf von 13,0 Planstellen, wobei dieser Mehrbedarf durch Einsparungen von 18,0 Planstellen überkompensiert wird. Lediglich für 3,5 Stellen, für die ein Mehrbedarf besteht, erfolgt keine Refinanzierung, während im Gegenzug 8,0 nicht refinanzierte Stellen eingespart werden.

Wie in den letzten Jahren auch, soll diese Vorlage der Erläuterung der Stellen dienen.

Die zusätzlichen Stellen und Einsparungen, aber auch der Umgang mit den kw-Vermerken werden nachstehend unter I. begründet.

I. Ausweitungen und Einsparungen

Eine zusätzliche nicht refinanzierte Stelle soll in **Amt 12** (**Amt für Informationstechnik und Digitalisierung**) für die Administration, Konfiguration, Wartung und Weiterentwicklung der zentralen digitalen Arbeitsumgebung der Verwaltung geschaffen werden. Diese Umgebung ist eine wesentliche Grundlage für die tägliche Arbeit nahezu aller Verwaltungsbereiche. Störungen oder Ausfälle wirken sich daher unmittelbar auf die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten und die Erbringung von Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger aus.

Die Ausweitung wird durch die dezernatsinterne Einsparung von zwei halben, ebenfalls nicht refinanzierten Stellen kompensiert. Hierbei handelt es sich um jeweils eine halbe Stelle in der Wohnungsbauförderung und eine weitere Stelle im Amt für Geoinformation und Kataster.

In **Amt 32** (**Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr**) ist eine Ausweitung um eine nicht refinanzierte Stelle im Bereich *Einbürgerung* erforderlich. Die Intensität der Prüfung eines Einbürgerungsantrages ist höher geworden. Gleichzeitig müssen Alias-Identitäten überprüft und ausgeräumt werden.

Durch die gleichzeitige Umsetzung eines kw-Vermerks in Bezug auf eine nicht refinanzierte Stelle in der Ausländerbehörde kann diese Ausweitung in gleicher Höhe kompensiert werden.

In **Amt 38** (**Amt für Bevölkerungsschutz**) ist eine Aufstockung um insgesamt 6,0 Stellen erforderlich.

Vier teilweise refinanzierte Stellen werden im *Einsatzdienst* des *Rettungsdienstes* benötigt. Hintergrund hierfür ist eine tarifvertragliche Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit im Rettungsdienst von 46 auf höchstens 44 Stunden wöchentlich ab dem 1. Januar 2027. Die genannte Aufstockung ist erforderlich, um die personelle Besetzung der Fahrzeuge weiterhin gewährleisten zu können.

Die weiteren zwei teilweise refinanzierten Stellen werden in der *Leitstellendisposition* erforderlich. Dies folgt aus den Änderungen, welche der Gesetzentwurf zur

Modernisierung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes (BHKG) des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Dessen Umsetzung wird zu einem erhöhten Notrufaufkommen in der Leitstelle führen, da ohne Übergangsfrist künftig Notrufe aus der Stadt Ahlen auf die Leitstelle des Kreises Warendorf aufzuschalten sind. Eine selbstständige Bearbeitung der Notrufe durch die Feuerwache der Stadt Ahlen wird entfallen. Nach Abstimmungsgesprächen mit der Stadt Ahlen werden zunächst ausgehend von einer konservativen Betrachtung zwei Stellen eingerichtet. Nach einer Evaluation der tatsächlichen Belastung wird geprüft werden, ob dies dauerhaft auskömmlich ist.

Die Ausweitungen werden durch die Einsparung von 7,5 ebenfalls teilrefinanzierten Stellen im Bereich des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM), der Umsetzung eines kw-Vermerks im Haupt- und Personalamt in der Poststelle mit der Wertigkeit einer ganzen nicht refinanzierten Stelle sowie der Umsetzung eines weiteren kw-Vermerks in der Ausländerbehörde in Gestalt einer halben ebenfalls nicht refinanzierten Stelle überkompensiert.

In **Amt 51 (Amt für Jugend und Bildung)** ist eine Ausweitung um insgesamt 3,5 Stellen erforderlich.

Die Einrichtung von insgesamt einer vollständig refinanzierten Stelle soll im Bereich *Elterngeld* erfolgen. Aufgrund des damaligen Aufgabenübergangs auf die Kreise war in diesem Bereich noch eine Landesbedienstete tätig, die nun altersbedingt ausscheidet. Für die Nachbesetzung mit Kreispersonal ist nun die Schaffung von insgesamt einer Stelle erforderlich. Diese Ausweitung kann im gleichen Amt kompensiert werden durch die Einsparung jeweils einer halben nicht refinanzierten Stelle im Bereich Tagespflege aufgrund rückläufiger Kinderzahlen und im Bereich Soziale Prävention.

Darüber hinaus soll eine halbe refinanzierte Stelle in der Verwaltung der *Musikschule* geschaffen werden, da der Verwaltungsaufwand insbesondere im Bereich JeKits zugenommen hat. Der dort bereits tätige Mitarbeiter soll so dauerhaft dort verbleiben können. Im Gegenzug erfolgt eine Einsparung einer halben nicht refinanzierten Stelle im Amt für Umweltschutz und Straßenbau im Bereich Niederschlagswasser, da das Vorhalten der Stelle nicht weiter erforderlich ist.

Eine weitere halbe nicht refinanzierte Stelle soll im *Fachbereich § 35a SGB VIII - Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung oder drohender seelischer Behinderung* - aufgrund von steigenden Fallzahlen eingerichtet werden. Diese Ausweitung wird kompensiert durch die Einsparung einer halben unbesetzten vollständig refinanzierten Stelle im Gesundheitsamt.

Ferner ist in der Organisationsstruktur des *Bildungsbüros* des Kreises Warendorf eine Bildungsplanerin unerlässlich. Sie ist verantwortlich für die gesamte Strukturierung der im Bildungsbüro vereinten Angebote sowie deren Umsetzung. Ihr Einsatz soll daher mit einer nicht refinanzierten 1,0 Stelle verstetigt werden. Im Gegenzug kann eine ganze, ebenfalls nicht refinanzierte Stelle im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt durch den Renteneintritt eines Mitarbeiters eingespart werden.

Schließlich soll in dem Amt noch eine zusätzliche halbe refinanzierte Stelle im *Allgemeinen Sozialen Dienst* eingerichtet werden, um einen Anteil einer Verstärkungsstelle in den Stellenplan einzubinden. Im Gegenzug wird im selben

Dezernat durch eine Umverteilung von allgemeinen Verwaltungstätigkeiten eine halbe nicht refinanzierte Stelle eingespart.

In **Amt 53 (Gesundheitsamt)** erfolgt eine Ausweitung um eine teilweise refinanzierte Stelle im Sachgebiet *Sozialpsychiatrischer Dienst*. Hintergrund hierfür ist die beabsichtigte Novellierung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG NRW), wonach eine Koordinierungsstelle im Gesundheitsamt für den nach dem Gesetzentwurf regional vorzuhaltenden Gemeindepsychiatrischen Verbund einzurichten ist. Durch die Einrichtung der Verbünde sollen eine lückenlose Versorgung vor Ort, die psychische Krisen frühzeitig auffängt, gewährleistet sowie kostspielige Zwangsunterbringungen weitgehend reduziert werden.

Die Ausweitung kann durch die Einsparung einer nicht refinanzierten Stelle im Sachgebiet Gigabitkoordination aufgrund des Ausscheidens eines Mitarbeiters kompensiert werden.

Eine weitere halbe, teilweise refinanzierte Stelle wird zur Unterstützung der Digitalisierung des **Amtes 56 (Jobcenter)** benötigt. Aufgrund gleichzeitiger diesbezüglicher Fortschritte kann eine halbe nicht refinanzierte Stelle in der Registratur des Bauamtes eingespart werden. Ferner können aufgrund von veränderten Erkenntnissen zur Zahl der Bedarfsgemeinschaften 2,0 Stellen im Jobcenter in der Leistungssachbearbeitung eingespart werden.

Die zum 01.01.2027 gesetzten kw-Vermerke können mit Ausnahme einer halben nicht refinanzierten Stelle im Amt 32 im Bereich Verkehrssicherung/ Verkehrslenkung im Bereich Arbeitsstellensicherung/ Großraum- und Schwertransporte vollständig umgesetzt werden. Für diese Stelle soll der kw-Vermerk - im Gegenzug zur Einsparung einer halben nicht refinanzierten Stelle im Vorgriff auf den Stellenplan 2028 - aufgehoben werden.

Insgesamt 6,0 kw-Vermerke können vorzeitig umgesetzt werden, dabei handelt es sich um 5,5 Stellen aus dem KIM und die bereits genannte halbe Stelle in Amt 66.

Eine Übersicht kann dem nachfolgenden Säulendiagramm unter II. entnommen werden.

II. Gesamtübersicht Ausweitungen, Einsparungen und Umgang mit kw-Vermerken

Stellenmehrbedarf: 13,0

vollständig refinanziert **2,0**	0,5 Schule für Musik - JeKits 1,0 Elterngeld 0,5 Allgemeiner Sozialer Dienst
teilweise refinanziert **7,5**	4,0 Rettungsdienst - Einsatzdienst * 2,0 Leitstelle (Disposition) 1,0 Koordination sozialpsych. Dienst 0,5 IT Jobcenter * *Rettungsdienstproblematik*
nicht refinanziert **3,5**	1,0 IT-Infrastruktur 1,0 Einbürgerung 0,5 Fachbereich § 35 a SGB VIII 1,0 Bildungsplanung

Gesamteinsparungen: 18,0

vollständig refinanziert **0,5**	0,5 Gesundheitsamt
teilweise refinanziert **9,5**	2,0 Kommunales Integrationsmanagement 2,0 Leistungssachbearbeitung Jobcenter **<u>Vorzeitige Umsetzung der kw-Vermerke vom 01.01.2029 bereits zum 01.01.2027</u>**: 5,5 Kommunales Integrationsmanagement
nicht refinanziert **8,0**	0,5 allg. Verwaltungstätigkeiten Dezernat III 0,5 Wohnungsbauförderung 0,5 Tagespflege 0,5 Jugendpflege 1,0 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt 0,5 Vermessungswesen 1,0 Gigabit-Koordination 0,5 Registratur Bauamt

	<u>Umsetzung der kw-Vermerke zum 01.01.2027</u> 1,0 Poststelle 1,5 Ausländerbehörde **<u>Vorzeitige Umsetzung des kw-Vermerks vom 01.01.2028 bereits zum 01.01.2027:</u>** 0,5 Niederschlagswasser

Einsparung im Vorgriff auf den Stellenplan 2028:

kw-Vermerk zum 01.01.2027 **nicht refinanziert** **0,5**	**<u>Wegfall des kw-Vermerks und dauerhafte Aufnahme in den Stellenplan im Gegenzug zu einer Einsparung einer 0,5 nicht refinanzierten Stelle im Stellenplan für 2028:</u>** 0,5 Arbeitsstellensicherung / Großraum- und Schwertransporte

III. Befristete und geringfügig Beschäftigte

Die Verwaltung stellt darüber hinaus noch die Stellen dar, die neben dem Stellenplan geführt werden. Die Stellen sind zum Teil zumindest teilweise refinanziert. Diese Stellen sind durch ein * kenntlich gemacht.

Daneben sind – wie mit der Politik abgesprochen – noch 7 (teilweise refinanzierte) Springerinnen und Springer im passiven und aktivierenden Bereich des Jobcenters tätig, um Krankheitszeiten und Bearbeitungsspitzen auszugleichen. Im passiven Bereich sind wie bisher 4 teilweise refinanzierte Verstärkungsstellen vorgesehen, um bei Vakanzen schnell reagieren zu können. Die 2 nach Absprache mit der Politik im Jugendamt (ASD) abgestimmten Verstärkungsstellen sind auf eine dritte ausgeweitet worden, um eine Aufgabenkontinuität und damit den Kinderschutz sicherstellen zu können. Für die Verstetigung ist ein Anteil von 0,5 in den Stellenplan 2027 aufgenommen worden. Eine Verstärkungsstelle ist aufgrund der immer wieder eintretenden Vakanzen, verbunden mit der schwierigen Nachbesetzung, im Bereich Umweltschutz vorgesehen.

Insgesamt konnten 11,0 Vollzeitäquivalente (VZÄ) in Zeitverträgen abgebaut werden.

Beschäftigte im Zeitvertrag		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010110	§16 e- und i-Kräfte für das Jobcenter	1,54*
010710	Immobilienmanagement	2,00
020240	Einbürgerung	0,90
020250	Ausländerbehörde	3,90
030215	Bildungskommune	2,00*
030250	Kommunales Integrationszentrum	2,00*
040120	Museum Abtei Liesborn	0,33*
050210	Integrationsfachkräfte	7,00*
050210	Unterstützung passive Leistungen	6,00*
050210	Integrationsfachkräfte Vermittlungsoffensive	5,50*
050210	Projekt „AktiF+“	1,85*
050220	Werkcampus	6,00*
050490	Förderprogramm „Bekämpfung von Wohnungslosigkeit“	1,00*
100130	Vorprüfung, Beratung	1,00
120110	Straßenbau- und -unterhaltung	2,00
Gesamt:		**43,02 (davon 33,22*)**

*refinanziert

Geringfügig Beschäftigte / Beschäftigte im Übergangsbereich (Mini- / Midijob)		
Produkt	Aufgabenbereich	VZÄ
010620	Vollstreckung	0,26*
010710	Kantine	0,31
010710	Immobilienmanagement	0,08
010810	Kreispolizeibehörde, Waffenwesen	0,71
010810	Kreispolizeibehörde, Personalangelegenheiten	0,68
010810	Kreispolizeibehörde, Haushalt, Liegenschaften	0,41
020220	Gewerbe, Schwarzarbeit	0,14
020240	Einbürgerung	0,46
020250	Ausländerbehörde	0,42
020320	Rettungsdienst, Kurierfahrten	0,51*
020410	Radarüberwachung	3,52*
020610	Lebensmittelüberwachung	0,21
030230	Medienberatung	0,08
040110	Schule für Musik	0,14
040120	Museum Abtei Liesborn	0,92
060510	Kita Kreishäuschen	0,38
070110	Sozialpsychiatrischer Dienst	0,42
090230	Geoinformation	0,10
100115	Immissionsschutz	0,31
120110	Straßenbau – Beschäftigung während Studium	0,15
130110	Überprüfung Biotopmaßnahmen	0,13
Gesamt:		**10,34 (davon 4,29*)**